



April 2013

Günter Rudolphs Newsletter

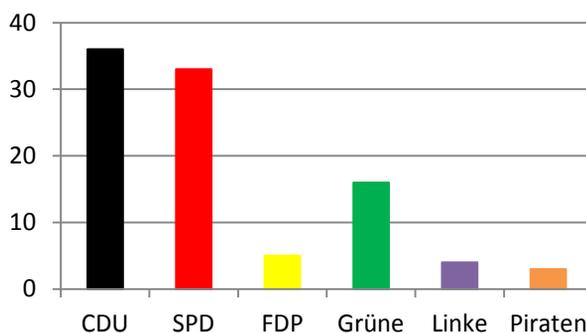
Aktuelles aus dem Hessischen Landtag

18.04.2013

Klare Rot-Grüne Mehrheit bei neuester Meinungsumfrage

Die heute veröffentlichte Meinungsumfrage der Forschungsgruppe Wahlen zeigt die deutliche Wechselstimmung in Hessen. Bei der sogenannten Sonntagsfrage würde die CDU 36%, die SPD 33%, Bündnis 90/ Die Grünen 16%, die FDP 5% und die Linkspartei 4% erhalten. Dies ergibt eine klare Rot-Grüne Mehrheit. Die Bürgerinnen und Bürger in Hessen wollen eine andere Regierung. Der Regierungswechsel bei der Landtagswahl am 22. September ist möglich. Hieran müssen wir in den nächsten Monaten weiter arbeiten.

„Wen würden Sie wählen, wenn am Sonntag Landtagswahl wäre?“
(Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen i.A. der FAZ und FFH)



Wir wollen gute Bildung von Anfang an. Es muss endlich Schluss sein mit einer völlig verkorksten Bildungspolitik, in der die Herkunft der Schüler über die Bildungschancen entscheidet und nicht ihre Fähigkeiten. Wir setzen uns für Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt ein. Wir wollen den gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro. Wer arbeitet, muss davon auch leben können. Wir wollen eine Begrenzung von Zeit- und Leiharbeit. Wir wollen, dass Frauen für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhalten. Schließlich wollen wir auch den konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien vorantreiben. Dazu müssen auch die Städte und Gemeinden in die Lage versetzt werden, sich im Bereich der Energieversorgung wirtschaftlich im Rahmen der Daseinsvorsorge zu beteiligen.

Die Meinungsumfrage belegt, es gibt eine eindeutige Wechselstimmung. Mit unserem Spitzenkandidaten Thorsten Schäfer-Gümbel können wir dies erreichen. Daran wollen wir in den nächsten Monaten hart arbeiten. Das auf dem Landesparteitag in Hanau verabschiedete Regierungsprogramm (http://www.spd-hessen.de/db/docs/doc_43827_2013315174525.pdf) ist hierfür eine gute Grundlage. Wir wollen Hessen erneuern, Hessen muss wieder gerechter gestaltet werden.

Das KiföG ist und bleibt Murks

Nach den starken landesweiten Protesten gegen das Kinderförderungsgesetz (KiföG) hat die Landesregierung endlich reagiert und ihren Entwurf überarbeitet. Doch auch der Änderungsvorschlag ist das Papier nicht wert, auf das er geschrieben ist. Das KiföG ist und bleibt Murks.

Nachdem sich sämtliche Experten sowie ErzieherINNEN und Eltern zu recht gegen das geplante KiföG gewandt haben, ist wohl auch der Landesregierung klar geworden, dass das KiföG nicht gerade eine Glanzleistung war. Ob CDU und FDP sich nun aus Einsicht oder aus wahltaktischen Gründen dazu entschlossen haben, das Gesetz zu ändern, sei dahin gestellt. Der Änderungsvorschlag ist trotzdem nicht mehr als Kosmetik.

Der geänderte Entwurf sieht zwar nicht mehr vor, fachfremdes Personal in Kitas einzusetzen, trotzdem bleiben zentrale Fehler des Gesetzes unberührt. Auch weiterhin möchte Schwarz-Gelb Kitas durch eine höhere Förderung begünstigen, wenn sie größere Gruppen einrichten. Damit werden einerseits Kitas im ländlichen Raum benachteiligt, da sie die maximale Förderung bei 25 Kindern pro Gruppe nur schwer erreichen können. Andererseits ist es in sozial benachteiligten Gebieten oft aus pädagogischen Gründen unerlässlich kleinere Gruppen zu bilden. Bei der Betreuung unter 3-jähriger Kinder sollen die Gruppen vergrößert ebenfalls werden. All das führt dazu, dass ErzieherINNEN weitere Lasten tragen müssen, denn sie müssen nicht nur auf mehr Kinder aufpassen, sondern nebenher auch noch pädagogische und organisatorische Arbeit leisten. Obwohl sich alle einig sind, dass die Qualität der Kinderbetreuung unbedingt steigen muss, sorgt Schwarz-Gelb dafür, dass sie sinkt.

Die Landesregierung zeigt auch mit ihrem neuen Vorschlag, dass sie nichts kapiert hat. CDU und FDP machen auch mit dem neuen Gesetzesentwurf genau das Gegenteil von dem, was pädagogisch sinnvoll ist. Kommunale Verbände, Pädagogen und Wohlfahrtsverbände sind sich einig: Das KiföG darf immer noch nicht kommen! Wenn es doch so sein sollte, werden wir es nach der Landtagswahl wieder abschaffen.